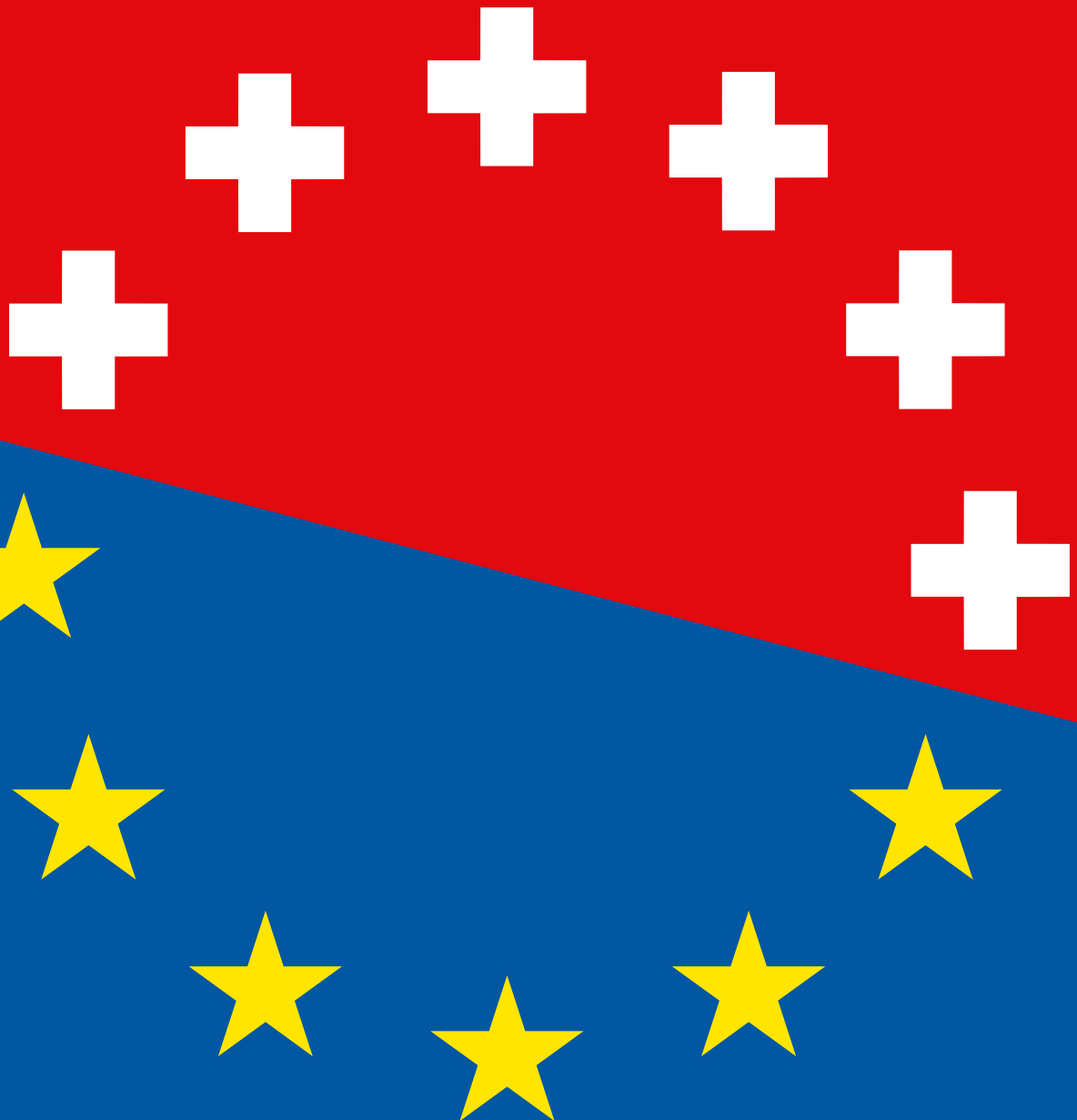




europa.ch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 1/2023



Dossier zu 30 Jahre Europäischer Binnenmarkt (Seiten 3–10)

**Eidgenössische Wahlen am 22. Oktober:
Zukunft wählen!** (Seite 11)

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Der EU-Binnenmarkt: Worum geht es?
- 4 30 Jahre Binnenmarkt: Ist die EU für die geopolitische Neuordnung bereit?
- 5 Die Schweiz und der EU-Binnenmarkt
- 6 Die Erweiterung des Europäischen Binnenmarkts: Eine Herausforderung?
- 7 Der Blick in die Zukunft: Eine digitalisierte Kreislaufwirtschaft
- 10 Teilnahme am Binnenmarkt: Der Status quo und ein Blick in die Zukunft

AKTIVITÄTEN DER BEWEGUNG

- 11 Eidgenössische Wahlen am 22. Oktober: Zukunft wählen!
- 12 Verleihung des Europa-preises 2023 an fünf Persönlichkeiten

INTERNATIONAL

- 13 Ein föderaler Motor in Italien

SEKTIONEN

- 14 Die Ostschweiz und der Binnenmarkt – eine Gemeinschaft im Wartezimmer

YOUNG EUROPEAN SWISS

- 15 Einer für alle, alle für eine in Vielfalt geeinte Europäische Union

Das Schweizer Paradoxon: Profit ohne Teilhabe

Liebe Leserin, lieber Leser

Eine Studie, die für Wirbel gesorgt hat, war zweifelsohne jene der Bertelsmann-Stiftung von 2019 wonach die Schweiz mit am meisten vom Europäischen Binnenmarkt profitiert. Keine Überraschung, wenn man sich ihre geografische Lage, ihre Verflechtung mit dem europäischen Wirtschafts- und Sozialgefüge und ihre Exportwirtschaft ansieht.

Der dreissigste Jahrestag des Europäischen Binnenmarktes – der am 1. Januar

den institutionellen Zusammenarbeit mit der EU zu unterstreichen. Drittens haben sich auch die Profiteur:innen des erleichterten Binnenmarkt-Zugangs auf ihren Lorbeeren ausgeruht. Nach der erfolgreichen Abstimmung über die beiden bilateralen Vertragspakete hielt man es nicht für nötig, in weitere Informations- und Aufklärungsarbeit zu investieren – was nützt es, an die Vorteile der Teilhabe zu erinnern, wenn man gerade davon am profitieren ist?



Raphaël Bez

Generalsekretär der Europäischen Bewegung Schweiz

dieses Jahres gefeiert wurde – fand nur knapp einen Monat nach dem «schwarzen Sonntag» vom 6. Dezember 1992 statt. Innerhalb von 30 Jahren hat es die Schweiz geschafft, maximal von der Europäischen Union und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu profitieren, während sie gleichzeitig jede offene und konstruktive Debatte über ihren Platz und ihre Rolle in Europa völlig zunichte gemacht hat. Was für ein Paradoxon!

Wie kam es dazu? Vermutlich aus drei Gründen: Erstens hat sich in diesen 30 Jahren der von der SVP und ihren Anhänger:innen geführte Diskurs von einer angeblich «unabhängigen und neutralen» Schweiz breit durchgesetzt: Kritik gegenüber der europäischen Politik, aber Schweigen über die tatsächlichen Vorteile der Europäischen Union. Zweitens haben die diversen Krisen, die die EU durchlaufen hat, nicht dazu beigetragen, die Notwendigkeit einer soli-

Es sind also 30 Jahre vergangen. 30 Jahre Profit ohne Teilhabe.

Die Wahlen im Herbst bieten eine Gelegenheit, diese Situation (ein wenig) zu verbessern. Mit der Unterstützung von Kandidierenden, die sich öffentlich dazu verpflichten, auf einen uneingeschränkten Schweizer Zugang zum Binnenmarkt und eine volle Beteiligung an den EU-Kooperationsprogrammen hinzuwirken, können wir – langsam, aber sicher – beginnen, den Dialog über Europa umzukehren. Es wird Zeit, die Vorzüge des europäischen Projekts, die Vorteile des Binnenmarkts und der damit verbundenen Freiheiten in Erinnerung zu rufen und über die Chancen zu sprechen, die die europäische Integration der Schweiz bietet. Vor uns liegt ein Marathon, der weit über den 22. Oktober 2023 hinausgeht und wahrscheinlich einem Hindernislauf gleicht. Aber nach 30 Jahren ist es endlich an der Zeit! ★

Der EU-Binnenmarkt: Worum geht es?

von **Hanspeter Tschäni**, ehem. Botschafter des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO)

Ein umfassender Binnenmarkt wie jener der Europäischen Union entsteht nicht von einem Tag auf den anderen. Zwar enthielt bereits der Vertrag von Rom zur Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG von 1957 das Ziel, «die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen». Zu diesem Zweck sollte ein gemeinsamer Markt errichtet werden, in dem nach einer Übergangsfrist von zwölf Jahren Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren bzw. unbeschränkt angeboten werden könnten. Die sechs Gründerstaaten und die Mitglieder, die später dazustiesen, brauchten jedoch gut 35 Jahre, um die Grundlagen dafür zu schaffen, und auch seither wird der Europäische Binnenmarkt dauernd weiterentwickelt.

Hindernisse auf dem Weg zum gemeinsamen Markt

Angesichts der verschiedenen Regeln in den Mitgliedstaaten waren die Fortschritte nach der Übergangsfrist von zwölf Jahren bedeutsam: Die Zölle und mengenmässigen Beschränkungen unter den Mitgliedern waren beseitigt. Man hatte einen gemeinsamen Aussen tariff geschaffen, eine Aussenhandelspolitik definiert und sich auf eine Agrarpolitik geeinigt. Jedoch: Auch wenn damit eine Zollunion geschaffen wurde, war man von einem gemeinsamen Markt noch weit entfernt. Grund dafür waren innerstaatliche Vorschriften zum Gesundheits-, Tier- und Pflanzen-, Konsumenten- und Umweltschutz, die als nicht-tarifäre Handelshemmnisse den freien Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten behinderten. Deren Harmonisierung erwies sich aus verschiedenen Gründen als schwierig: Das Erfordernis der Einstimmigkeit und die angestrebte Einigung in Detailfragen führten zu langen Verzögerungen, und die schwierige Wirtschaftslage in den 1970er-Jahren veranlasste die Mitglieder zu staatlichen Alleingängen.

Erst die Vision einer neuen Kommission unter der Leitung von Jacques Delors, die 1985 ihre Arbeit aufnahm, zeigte einen Weg aus der Blockade und hin zur Beseitigung

der nicht-tarifären Handelshemmnisse. Sie legte in einem Weissbuch einen mit klaren Zeitangaben versehenen Plan zur Erarbeitung von rund 300 Rechtserlassen vor, durch welche die Grundlagen des gemeinsamen Marktes geschaffen werden sollten. Angereichert wurde dieses ambitionöse Programm durch Massnahmen wie die Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von nationalen Vorschriften und die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen. Der 1. Januar 1993, an dem dieser gemeinsame Markt verwirklicht werden sollte, entwickelte sich rasch zu einem sehr populären Zieldatum, das sogar über die EU-Mitgliedstaaten hinauswirkte. Es bestimmte auch die Verhandlungen über den EWR mit den damaligen sieben EFTA-Staaten (Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation) und beeinflusste den Beschluss der Schweiz, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.

Weitere Ziele

Die Mitgliedstaaten haben seither den Binnenmarkt auf der Basis der damals gelegten Grundlagen weiterentwickelt und den sich ändernden Umständen angepasst. Die ursprüngliche wirtschaftspolitische Ausrichtung wurde durch Massnahmen mit dem Ziel ergänzt, «eine in hohem Masse wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Mass an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität» zu erreichen (Art. 3 Abs. 3 des EU-Vertrags). Neue Mitglieder hatten die entsprechenden Regeln zu übernehmen. Deren Umsetzung und Anwendung wird durch die EU-Kommission und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) überwacht, durchgesetzt und gegenüber Drittstaaten und in internationalen Organisationen vertreten. Ohne diese supranationalen Elemente und die Unabhängigkeit der entsprechenden Behörden wären die Homogenität und Attraktivität des gemeinsamen Marktes von rund 450 Millionen Einwohnern kaum aufrecht zu erhalten. Deswegen sind die Mitgliedstaaten auch bereit, gewisse Hoheitsrechte an eine übergeordnete Behörde abzutreten. ★



© Hanspeter Tschäni

HANSPETER TSCHÄNI, Dr. iur. und ehemaliger Botschafter des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO, hat als Direktor der Handelsabteilung des EFTA-Sekretariats, als Teilnehmer an den EWR-Verhandlungen und späterer Leiter des Ressorts Internationales Wirtschaftsrecht im SECO die hier geschilderten Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Schweiz miterlebt. Ausführlicher behandelt er das Thema unter dem Titel «Schweiz-EU: Teilnahme am EU-Binnenmarkt oder ein umfassendes Freihandelsabkommen?» in einem Beitrag in der Reihe «Standpunkte» des Europa-Instituts der Universität Zürich.



30 Jahre Binnenmarkt: Ist die EU für die geopolitische Neuordnung bereit?

von **Teresa Hug Alonso**, Senior Researcher bei Avenir Suisse

Der Europäische Binnenmarkt wird oft als einer der bedeutendsten Erfolge der Europäischen Union gefeiert. Nicht ohne Grund – schliesslich ist der Wirtschaftsraum nicht nur der grösste seiner Art. Er ist auch bezüglich der Freiheiten, die er gewährt, einzigartig. Neue geopolitische Entwicklungen setzen diese allerdings zunehmend unter Druck.



© Avenir Suisse

TERESA HUG ALONSO ist seit März 2020 bei Avenir Suisse als Senior Researcher tätig. Sie forscht im Pfeiler «Offene Schweiz» zur Schweizer Aussen- und Handelspolitik, wobei ihr Fokus auf den Beziehungen zur EU liegt. Sie war zudem an Studien beteiligt, welche den Umgang mit China sowie die Klimapolitik untersuchen. Vor Avenir Suisse war sie in der Handels- und Wirtschaftsabteilung der EU-Vertretung in Bern tätig. Sie hält einen Bachelor in Wirtschaft und Recht von der SOAS University of London sowie einen Master in internationalem Recht und Wirtschaft von der Universität Bern.

Der EU und ihrem Binnenmarkt stehen viele Herausforderungen bevor. Nicht alle davon sind wirtschaftlicher Natur: So hat der Krieg in der Ukraine offenbart, dass die engen Handelsbeziehungen auf dem Kontinent nicht ausreichen, um die europäische Sicherheit zu gewährleisten. Die EU wird ihre Rolle als globaler Akteur in Zukunft aktiver wahrnehmen müssen, um ihre Werte zu schützen. Dies gilt auch bezüglich geopolitischer Entwicklungen wie der zunehmenden Rivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China.

Bis jetzt hat die EU eine pragmatische Haltung eingenommen und bezeichnet China zwar durchaus als systemischen Rivalen, aber auch als Partner und Wettbewerber. Sie versucht damit eine Gratwanderung zu vollbringen, die ihr erlaubt, weiterhin mit China zu handeln. Der Druck aus den USA, sich klarer zu positionieren, steigt jedoch. Angesichts der Tatsache, dass die USA zurzeit die grösste Unterstützung im Ukraine-Krieg leisten, ist es wichtig, den Verbündeten nicht zu verärgern. Allerdings wäre eine Eskalation – und demzufolge eine wirtschaftliche Abkoppelung von China – weitaus kostspieliger, als es aktuell im Fall Russlands ist.

China ist mit 23% des Welthandelsvolumens nicht nur für mehr als vier Mal so viele grenzüberschreitende Handelstransaktionen verantwortlich als Russland. Für die meisten EU-Mitgliedstaaten sind die Handelsvolumina mit China sogar grösser als diejenigen mit den USA. Doch auch die Zusammensetzung der Exporte spielt eine Rolle: Während Russland zu zwei Dritteln Rohstoffe exportiert, liefert China grösstenteils verarbeitete Produkte. In der im Jahr 2021 aktualisierten Industriestrategie

der EU zeigte sich zudem, dass mehr als die Hälfte der als strategisch bedeutsam eingestuft Produkte aus China stammen.

Es gibt also gute Gründe für die EU, ihre Abhängigkeit von einzelnen Ländern allmählich zu reduzieren. Dies geht jedoch mit einer weiteren Herausforderung einher: Viele Produkte aus China werden für die grüne und digitale Transformation gebraucht. Will die EU ihren «Green Deal» umsetzen und insbesondere ihr Ziel erreichen, Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% zu senken, bleibt ihr nicht mehr viel Zeit, um nach Alternativen zu suchen. Konkurrenz kommt hierbei auch aus den USA, die mit ihrem «Green Deal», einem milliardenschweren Klimaschutz- und Sozialpaket, ihre eigenen «grünen» Industrien fördern. Als Reaktion wurden in der EU daraufhin Hunderte Milliarden an Beihilfen für die Entwicklung europäischer Technologien zugesprochen. Damit soll verhindert werden, dass EU-Mitgliedsstaaten benachteiligt werden. Der daraus folgende Subventionswettbewerb ist allerdings der falsche Ansatz. Die Stärke des Europäischen Binnenmarkts war bisher immer der Wettbewerb. Dieser wird von Subventionen nun verzerrt, anstatt dass Industrien geschaffen werden, die sich auch langfristig gegen ausländische Konkurrenz behaupten können.

Der EU steht bereits ein wirksames Instrument zur Verfügung, das genauso einen Anreiz für die Entwicklung klimaneutraler Alternativen setzt: der Emissionshandel. Gegen Trittbrettfahrer, die ihre CO₂-Emissionen nicht bepreisen, hilft eine CO₂-Abgabe auf Importe – ganz im Sinne eines Klimaklubs. Dieser Ansatz ist nicht nur effizienter, sondern auch technologieunneutral. Am wichtigsten ist jedoch, das Erfolgsmodell des Europäischen Binnenmarktes zu bewahren: den freien Wettbewerb. Die EU sollte im Umgang mit ihren geopolitischen Gegenspielern den Mut haben, eine europäische, liberale Lösung zu finden. ★

Die Schweiz und der EU-Binnenmarkt

von **Katharina Gnath**, Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung

Der Binnenmarkt ist Garant für den Wohlstand Europas. Die Schweiz ist durch ihre zentrale Lage eine seiner grössten Nutzniesserinnen. Am 30. Jahrestag seiner Gründung stellen sich wegweisende Fragen: Um auch in Zukunft Wachstum und Chancen zu gewähren, muss der Binnenmarkt den Herausforderungen begegnen, die sich aus der Neuordnung der Weltwirtschaftsordnung ergeben.

Der Binnenmarkt ist das regulatorische Rückgrat der europäischen Wirtschaft und ein wichtiger Motor für den Wohlstand des Kontinents. Er steigert den Wettbewerb, fördert die Arbeitsteilung und garantiert, dass Waren und Dienstleistungen sowie Arbeit und Kapital dorthin gelangen, wo sie am meisten gebraucht werden. Der Binnenmarkt bietet den europäischen Bürger:innen auch greifbare Vorteile in Form einer grösseren Auswahl an hochwertigen Waren.

Wirtschaftliche Vorteile – aber nicht für alle gleichermassen

In der Studie «Ökonomische Effekte des EU-Binnenmarktes in Europas Ländern und Regionen» hat die Bertelsmann Stiftung 2019¹ herausgefunden, dass der Binnenmarkt allen europäischen Bürger:innen einen jährlichen Einkommensvorteil von durchschnittlich rund 840 Euro bringt. Doch nicht alle Länder und Regionen profitieren in gleicher Weise: Die relativ kleinen, aber exportstarken Staaten gewinnen am meisten durch den Binnenmarkt. Zudem profitieren die Länder in der geografischen Mitte Europas deutlich stärker als jene im Süden oder Osten des Kontinents. Auf regionaler Ebene sind die Gewinner vor allem Industriezentren und städtische Ballungsgebiete. Diese zeichnen sich auch durch einen starken Zustrom von Fachkräften aus, da der Wegfall der Grenzen EU-weit die Konzentration von Industriegebieten in regionalen Clustern fördert. Von den untersuchten Ländern gehört die Schweiz zu den grössten Gewinnern, nicht

zuletzt wegen ihrer zentrale Lage und ihrem Zugang zu Verbraucher:innen und Arbeitskräften in den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Italien. Laut der Studie² zeichnet die Schweiz gemessen am Einkommen einen jährlichen Wohlstandsgewinn von mehr als 4% oder 2'914 Euro pro Person (höchster Gesamtwert) sowie einen jährlichen Produktivitätsgewinn von 3,4% und einen Rückgang der Produktaufschläge um 3,57% (jeweils drittbester Gesamtwert).

Während der Binnenmarkt vor allem für die Beseitigung interner Handelsbarrieren gedacht war, beeinflussen seine Regeln und Vorschriften heute auch die Bedingungen, unter denen Waren und Dienstleistungen auf den Weltmarkt gelangen. Seine Grösse und die daraus resultierende normgebende Kraft (der sogenannte «Brüssel-Effekt») haben starken Einfluss auf Nachbarländer, Geschäftspartner:innen und wirtschaftliche Konkurrenten in der ganzen Welt.

Globale Herausforderungen für Europa

In den letzten zehn Jahren hat die europäische Wirtschaft gegenüber der globalen Konkurrenz jedoch an Einfluss verloren, insbesondere im Technologiebereich und bei der Digitalisierung. Wenn die EU mit anderen grossen Wirtschaftsakteur:innen wie den USA und China mithalten und weiterhin Wachstum und Chancen für Europas Bürger:innen und Unternehmen gewährleisten will, muss sie sich den neuen Herausforderungen stellen, die mit dem Technologiewandel und der Neuordnung der Weltwirtschaftsordnung einhergehen.

Ein gut funktionierender Binnenmarkt ist der Schlüssel zur angestrebten strategischen Autonomie der EU und festigt die eigenen Werte und Interessen auf der globalen Bühne. Zugleich muss sich das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ländern und Regionen verringern, damit alle Mitglieder von ihrer Teilnahme am Binnenmarkt profitieren können. ★

1 Bertelsmann Stiftung, «Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions»

2 Ibid.



© Ansichtssache Britta Schröder/Bertelsmann Stiftung

KATHARINA GNATH arbeitet als Senior Project Manager bei der Bertelsmann Stiftung. Sie ist Expertin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik und leitet die Arbeit der Stiftung zur europäischen Wirtschaft. Vor ihrer Tätigkeit bei der Bertelsmann Stiftung war Katharina Gnath Fellow bei der Stiftung Neue Verantwortung und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Davor arbeitete sie als Trainee bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Sie promovierte an der Freien Universität und der Hertie School in Berlin, studierte Philosophie, Politik und Wirtschaft an der University of Oxford und erwarb einen Master in europäischer Politik an der London School of Economics. Katharina Gnath ist auch auf Twitter aktiv (@k_gnath).



Die Erweiterung des Europäischen Binnenmarkts: Eine Herausforderung?

von **Solena Lefevre**, Forschungsassistentin beim Jacques-Delors-Institut

Der Ukraine-Krieg hat die Erweiterung des Europäischen Binnenmarkts wieder auf die politische Agenda gesetzt. Auch wenn die Motivation zuerst geopolitischer Natur ist, sollten die Herausforderungen einer vollständigen Marktintegration nicht unterschätzt werden – sowohl für die Beitrittsländer als auch für die Europäische Union.



© Solena Lefevre

SOLENA LEFEUVRE ist Forschungsassistentin für europäische Wirtschaftspolitik am Jacques-Delors-Institut in Paris. Sie ist auf EU-Angelegenheiten spezialisiert, nachdem sie ihr Studium an der Sciences Po Saint-Germain-en-Laye, der Universität Florenz und der Universität Rom absolviert und anschliessend einen Master in Geopolitik an der Universität Paris 1-Panthéon Sorbonne und der Ecole Normale Supérieure in Paris gemacht hat. Sie hat sich mit den europäischen Mechanismen zur Krisenbewältigung und der Reform der Wirtschaftspolitik nach der Finanzkrise 2007-2008 befasst. Am Jacques-Delors-Institut ist sie nun an einem Forschungsprojekt zu gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der Covid-19-Krise auf nationaler, europäischer und globaler Ebene beteiligt und wirkt mit bei der Vorbereitung einer Bürger:innenbefragung zur Desinformation in der Politik.

Seit der letzten grossen Osterweiterung (2004-2007) haben sich die Grenzen der EU kaum verändert. Stattdessen hat sich die Union darauf fokussiert, den Binnenmarkt mittels bilateraler Handels- und Kooperationsabkommen auf Drittländer auszudehnen.

Der präferenzielle Zugang zum Binnenmarkt kam zwar den allmählich integrierten Volkswirtschaften zugute. Er diente aber auch dazu, diese Länder an das Regel- und Wertesystem der EU zu binden, ohne ihnen eine volle Entscheidungsteilhabe zu gewähren. Dank dieser Vorbehalte erlangte der Binnenmarkt eine regelrecht globale regulatorische Hegemonie, die seinen politischen Einfluss begründet. So werden die Beziehungen zwischen der EU und den westlichen Balkanstaaten mit Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) geregelt. Bis ihnen an der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2022 der Beitrittskandidatenstatus zugesprochen wurde, regelte die EU das Verhältnis zu Moldau und Ukraine durch das umfassende und vertiefte Freihandelsabkommens (DCFTA) von 2014. Der neue Status hat den Beitrittsprozess der Balkanländer, die seit dem Gipfeltreffen in Zagreb 1999 im «Vorzimmer» der EU ausharren, wieder in Gang gebracht.

Langfristige Herausforderungen

Die Volkswirtschaften, die noch weit von den europäischen Standards entfernt sind, sehen sich vor der schwierigen Aufgabe, die wirtschaftlichen und rechtlichen Kriterien der Union zu erfüllen. Um die Anforderungen des Konditionalitätsmechanismus im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit zu erfüllen, müssen die Ukraine und Moldau etwa umfassende Reformen in der

Korruptionsbekämpfung und der Justizunabhängigkeit durchführen.

Für die EU hingegen gilt: Während die Erweiterung um Slowenien und Kroatien wirtschaftlich erfolgreich war, ist der Beitritt von Rumänien und Bulgarien immer noch umstritten.

Neue Erweiterungswelle

Die neue Erweiterungswelle verstärkt die Divergenzen innerhalb des Marktes und führt dazu, die Zukunft des Binnenmarktes im Hinblick auf die Konvergenz der Sozial- und Wirtschaftspolitik neu zu überdenken. Die Aussicht auf den Beitritt von Staaten mit weniger entwickelten Volkswirtschaften bedeutet auch notwendige Reformen des EU-Haushalts, insbesondere der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik und den Kohäsionsfonds. Dazu kommen notwendige Änderungen im Acquis communautaire und insbesondere bezüglich des Einstimmigkeitsprinzips, denn durch mögliche Blockaden von Staaten, die bereits von regionalen Spannungen hin- und hergerissen sind (Serbien-Kroatien, Serbien-Albanien, Kosovo-Frage usw.) droht eine Lähmung der institutionellen Abläufe in der EU.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Vorteilen, die eine Binnenmarkterweiterung für den Wettbewerb mit sich bringt und der kraftvollen Symbolik, die mit dem Ukrainekrieg neue Brisanz erlangt hat, scheint die EU bei der erneuten Erweiterung darauf abzuzielen, ein globaler Player und eine europäische politische Gemeinschaft zu werden.

Gestärkt durch die normative Kraft des Binnenmarkts, muss die EU ihre Erweiterung um die westlichen Balkanstaaten, die Ukraine und Moldau zum Anlass nehmen, ihre wirtschaftliche und institutionelle Struktur zu reformieren. ★

Der Blick in die Zukunft: Eine digitalisierte Kreislaufwirtschaft

von **Anna Cavazzini**, Grüne Europaabgeordnete

Vor zwölf Jahren stellte der damalige EU-Kommissar Mario Monti seine neue Strategie für den Binnenmarkt vor. Unter dem Eindruck der Finanzkrise stellte er fest, dass die politische und gesellschaftliche Unterstützung für die weitere Integration des Binnenmarktes in Europa schwindet. Daher schlug er vor, einen digitalen Binnenmarkt zu schaffen und das Potenzial des grünen Wachstums zu erschliessen.

Das Zeitalter der Krisen

Nun, mehr als ein Jahrzehnt später, feiern wir den 30. Jahrestag des Binnenmarkts – und befinden uns erneut in einer Zeit der Krisen. Daher gilt es mehr denn je, den Binnenmarkt weiterzuentwickeln, damit er den Menschen in Europa dient.

Die Kernaufgaben müssen dabei lauten: Den digitalen Binnenmarkt mit wegweisender Legislatur wie dem Gesetz über digitale Dienstleistungen und dem Gesetz über digitale Märkte zu vollenden, die Digitalisierung nachhaltig zu gestalten, den Verbraucherschutz an die digitalisierte Welt anzupassen und ihn dadurch in den Dienst der Kreislaufwirtschaft zu stellen.

Denn die Klimakrise heizt die anderen Krisen an. Die Abhängigkeit unserer linearen Wirtschaft von Rohstoffimporten ist die Hauptursache für Versorgungsengpässe, sie überschreitet die planetaren Grenzen und macht die europäischen Bürger:innen und Unternehmen verwundbar. Im Rahmen des EU «Green Deals» wird der Binnenmarkt langsam zu einem Instrument zur Bekämpfung der Klimakrise; er fördert unsere ökologischen und sozialen Ziele. Aber ich glaube, wir müssen noch mehr tun. Wir müssen die Digitalisierung gezielter einsetzen.

Nachhaltige Digitalisierung als Schlüssel

Die Zusammenarbeit im Binnenmarkt ist seit jeher der Kern und Motor der europäischen Integration. Und mit jeder Krise hat sie sich weiterentwickelt. Ich bin überzeugt, dass der Binnenmarkt die Stärken und Schwächen der Mitgliedstaaten durch

Zusammenarbeit ausgleichen kann, indem er den Bürger:innen ermöglicht, grenzüberschreitend zu leben, zu arbeiten und zu lieben. Dieses Potential müssen wir durch ein Update des Binnenmarktes nutzen und eine nachhaltige Digitalisierung ankurbeln. Ein Beispiel: Während wir im Rahmen der Ausweitung von Ökodesign für alle Produkte im Binnenmarkt verpflichtende Nachhaltigkeitsstandards einführen, sind digitale Dienstleistungen hier nicht mit abgedeckt. Das könnte allerdings die Möglichkeit eröffnen, Digitalisierung selbst so nachhaltig zu gestalten, dass sie die Ziele des grünen Übergangs nicht konterkariert.

Ebenso bieten digitale Anwendungen grosse Einsparpotentiale, beispielsweise beim Energieverbrauch in Haushalten. Auch internetbasierte, kreislauforientierte Geschäftsmodelle wie die gemeinsame Nutzung von Gütern («Sharing») können den Ressourcenverbrauch und den rasant wachsenden Berg aus Elektroschrott verringern. Hier gilt es, den passenden regulatorischen Rahmen zu finden, der diesen Markt ermöglicht.

Herausforderungen der Digitalisierung

Gleichzeitig müssen wir den Verbraucher:innen den Schutz ihrer Daten, den Schutz in der neuen Welt garantieren können, vom Online-Shopping, dem Nutzen digitaler Dienste bis zur Produkt- und Cyber-sicherheit. Im Binnenmarkt von morgen passen wir den Verbraucherschutz an das Mieten, Nutzen, Teilen und Wiederverwerten von Produkten und Dienstleistungen an. Die Grenzen zwischen online und offline verschwimmen, daher muss in beiden das gleiche Schutzniveau gelten.

Die Weichen für diesen digitalen und nachhaltigen Binnenmarkt müssen wir heute stellen und eng mit unseren internationalen Partnern zusammenarbeiten. Ich bin überzeugt davon, dass eine digitalisierte Kreislaufwirtschaft unsere Wettbewerbsfähigkeit von morgen sichert und auch zu einer nachhaltigen globalen Entwicklung beitragen kann. ★



© Anna Cavazzini

ANNA CAVAZZINI ist Grüne Europaabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel. Sie macht sich stark für einen nachhaltigen und digitalen Binnenmarkt und eine gerechte Globalisierung.



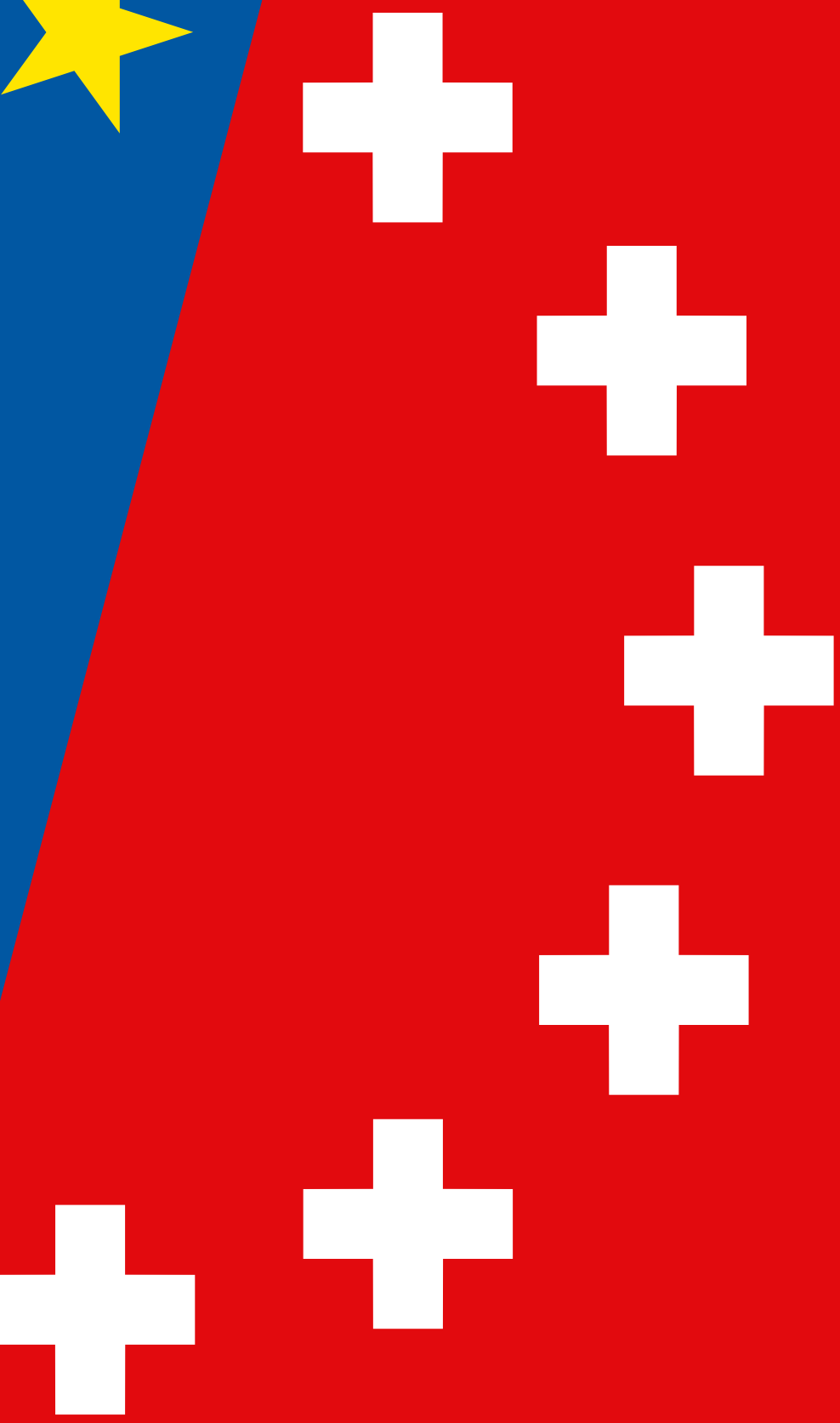


Am. 22. Oktober 2023

Zukunft wählen



europa.ch/wahlen23



Teilnahme am Binnenmarkt: Der Status quo und ein Blick in die Zukunft

von **Sarah Fuchs**, Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Schweiz, Ressortleiterin Politik bei Swissmem und Kantonsratsmitglied FDP/ZH



© Sarah Fuchs

SARAH FUCHS arbeitet seit 2019 für Swissmem, den Verband der Schweizer Tech-Industrie (Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie sowie verwandte Technologiebranchen). Als Ressortleiterin Politik gestaltet sie die politische Interessenvertretung des Verbandes mit und leitet Abstimmungskampagnen auf nationaler Ebene. Zuvor war sie in ähnlicher Rolle für eine Schweizer Grossbank tätig. 2023 wurde sie für die FDP.Die Liberalen in den Zürcher Kantonsrat gewählt. Seit 2020 ist sie Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Schweiz. Ihre Studienjahre verbrachte Sarah Fuchs in Berlin, Brüssel, St. Gallen und Tokio – so gewann sie unterschiedlichste Perspektiven auf Europa und die Schweiz.



Der Binnenmarkt ist zweifellos eine der grössten Errungenschaften der Europäischen Union. Als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand hat er den Handel zwischen den Mitgliedstaaten seit seiner Einführung 1993 erheblich gefördert und Handelsbarrieren abgebaut. Das Handelsvolumen innerhalb der EU hat sich zwischen 1993 und 2020 mehr als verdoppelt.

Chancen und Herausforderungen für die Schweiz

Auch für die Schweiz spielt der Binnenmarkt eine zentrale Rolle, obwohl sie kein EU-Mitglied ist. 2021 betrug das Handelsvolumen zwischen der Schweiz und der EU rund 265 Mrd. Schweizer Franken, wobei die EU 46% der schweizerischen Exporte und 62% der Importe ausmachte.

Um die Vorteile des Binnenmarkts weiterhin nutzen zu können, ist es für die Schweiz von entscheidender Bedeutung, eine stabile politische Beziehung zur EU aufrechtzuerhalten. Über 120 bilaterale Verträge bilden den Rahmen für die Zusammenarbeit. Die wichtigsten sind chronologisch das Freihandelsabkommen von 1972, die Bilateralen I von 1999 und die Bilateralen II von 2004. Allerdings haben sich in den letzten Jahren zwischen Schweiz und EU offene Punkte ergeben, die eine einwandfreie Umsetzung der bilateralen Verträge nicht mehr gewährleisten. Mit einer vertraglichen Weiterentwicklung kann sichergestellt werden, dass die Schweiz weiterhin am Binnenmarkt teilhaben kann. Zudem besteht die Chance einer Ausdehnung des Marktzugangs auf weitere Sektoren (z.B. Strom) mit den damit verbundenen Chancen für unser Land.

Ein Blick in die Zukunft

In welche Richtung wird sich der Binnenmarkt in den kommenden Jahren entwickeln? Diverse Massnahmen der EU-Kommission ergeben eine zunehmende Abschottung vom Weltmarkt. Beispielsweise zielt die EU-Industriestrategie darauf ab, den Binnenmarkt widerstandsfähiger ge-

genüber Störungen und folglich die europäische Wirtschaft unabhängiger von globalen Lieferketten zu machen. Diese Entwicklung widerspricht der Globalisierung mit ihren positiven Wohlfandeffekten für alle beteiligten Länder – und somit auch der weltweiten Haltung der Schweiz.

Ein weiterer kritischer Punkt ist die Gefahr einer Überregulierung der Wirtschaft durch die EU. Besonders die administrativen Kosten für das Umsetzen von EU-Regulierungen steigen für Unternehmen stetig an. Im Zeitraum von Januar 2015 bis Juni 2019 beispielweise betrug die kumulative Belastung der deutschen Wirtschaft aus der Umsetzung von EU-Recht insgesamt 550 Mio. Euro (gemäss dem deutschen Normenkontrollrat). Als Nicht-Mitglied sollte die Schweiz darauf achten, dass unternehmerisches Handeln möglich bleibt und nicht durch übermässige Regulierung erstickt wird.

Gleichzeitig gewinnen neben der EU andere Märkte für die Schweiz an Bedeutung, auch wenn sie klar auf zweiter Position rangieren: Im Zeitraum von 2000 bis 2022 stiegen die Exporte der Schweiz nach Asien um 176%, während die Exporte in die EU im selben Zeitraum um 87% zunahm. 2022 entsprachen die Ausfuhren nach Asien 42% der Ausfuhren in die EU – 2000 lag dieses Verhältnis noch bei 29%.

In dieser komplexen Situation findet sich die Schweiz in einer Doppelrolle. Einerseits möchte sie aus heutiger Sicht weiterhin den möglichst diskriminierungsfreien Zugang zum Binnenmarkt behalten. Darum ist es für die Schweiz unerlässlich, eine neue vertragliche Basis mit der EU auszuhandeln und so ihre Beziehung auf eine solide Grundlage zu stellen. Andererseits sollte die Schweiz für Offenheit gegenüber anderen Handelspartner:innen, konkret gegen Abschottungstendenzen des Binnenmarktes einstehen und darauf hinwirken, dass die Vorteile der Globalisierung erhalten bleiben. So kann das volle Potenzial des Binnenmarkts auch künftig genutzt und weiterentwickelt werden. ★

Eidgenössische Wahlen am 22. Oktober: Zukunft wählen!

von **Raphaël Bez**, Generalsekretär, und
Marcela Gisler, Kampagnenmitarbeiterin der Europäischen Bewegung Schweiz

Am 22. Oktober 2023 finden die eidgenössischen Wahlen statt. Wir setzen uns dafür ein, dass ein stärker europäisch ausgerichtetes Parlament gewählt wird. Denn die Schweiz liegt im Herzen Europas und ist stark mit der EU verbunden. Der Ausbau der Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn ist daher von entscheidender Bedeutung.

Am 22. Oktober: Zukunft wählen!

Wir setzen uns für ein breit abgestütztes europafreundliches Parlament ein. Unsere Kampagne ist eine überparteiliche Initiative für ein Parlament, das klare Haltung zeigt und sich für engere Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sowie eine stärkere europäische Integration der Schweiz einsetzt. Sie baut Brücken über die Parteigräben hinweg für eine europäische Zukunft der Schweiz. Wir unterstützen Kandidierende, die sich mit der Unterzeichnung einer Deklaration für dieses Ziel verpflichten und dafür öffentlich stehen.

Deklaration

«Als Land mitten in Europa ist die Schweiz eng mit der Europäischen Union verbunden und teilt mit ihren Mitgliedstaaten gemeinsame Werte. Die Schweiz ist europäisch. Sie ist mit der Europäischen Union politisch, wirtschaftlich und kulturell so eng verflochten, dass die Entscheide der EU ihren Handlungsspielraum massiv beeinflussen. In einer globalen und interdependenten Welt machen die grossen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit nicht an Landesgrenzen halt. Über die Zukunft unseres Kontinents und seine Stellung in der Welt wird auf gesamteuropäischer Ebene entschieden. Aus diesen Gründen verpflichte ich mich, als Kandidat:in für den Nationalrat oder den Ständerat und als gewähltes Mitglied der eidgenössischen Räte,

1. dazu beizutragen, dass die Öffentlichkeit fundiert über die schweizerische Europapolitik und über die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union informiert wird;
2. daran mitzuarbeiten, dass die Rahmenbedingungen für eine breite Akzeptanz der bereits erreichten Integrationschritte, insbesondere der Personenfreizügigkeit, gewährleistet bleiben;
3. für eine zukunftsgerichtete schweizerische Europapolitik, welche die Mitbestimmung der Schweiz auf europäischer Ebene fördert und die den uneingeschränkten Zugang zum EU-Binnenmarkt sowie die volle Teilnahme an

den EU-Kooperationsprogrammen gewährleistet, einzusetzen;

4. aktiv zum Abschluss eines Abkommens mit der Europäischen Union beizutragen, welches die Beziehung der Schweiz zur EU absichert und weiterentwickelt.»

Suche nach Kandidierenden

Die Suche nach Kandidierenden hat begonnen, eine finale Liste wird bis Ende Juni erstellt. Die Unterzeichnung der Deklaration steht allen offen und ist unabhängig von einer Mitgliedschaft bei der Europäischen Bewegung. Im Rahmen der Kampagne planen wir folgende Angebote:

- Kandidierende werden prominent auf der Webseite und in den sozialen Medien platziert;
- Mindestens zwei «Capacity Building»-Workshops werden organisiert, um Kandidierende mit Argumenten auszurüsten, damit sie im Wahlkampf kompetent und selbstsicher über Europa debattieren können;
- Mindestens ein Networkingapéro wird in Bern organisiert.
- Über unsere Sektionen wird einzelnen Kandidierenden die Möglichkeit gegeben, im Rahmen von Veranstaltungen der Europatour aufzutreten.
- Gegenüber unsere Mitgliedern wird eine Wahlempfehlung ausgesprochen.

Kandidierende bis 35 werden über die Kommunikationskanäle der young european swiss, unserer Jugendorganisation, gefördert. Im Anschluss an die Wahlen werden die gewählten Kandidierenden eingeladen, der parlamentarischen Freundschaftsgruppe «Schweiz-EU» beizutreten. ★

Wenn Sie für die eidg. Wahlen am 22. Oktober kandidieren, schauen Sie doch einmal auf unserer Webseite vorbei und beteiligen Sie sich an unserer Kampagne. Sie sind kein:e Kandidat:in, kennen aber jemanden, der oder die kandidiert? Dann leiten Sie unsere Kampagne weiter! Mehr denn je brauchen wir Parlamentarier:innen, die ihre Position deutlich machen und Klartext reden! Darüber hinaus sind wir für jeden finanziellen Beitrag dankbar. Unabhängig von der Höhe des Betrags ermöglicht uns Ihre Unterstützung, noch mehr Kandidierende zu erreichen und unsere Wahlempfehlung weiter zu verbreiten. Vielen Dank im Voraus!



ZUR KAMPAGNE



JETZT SPENDEN

Verleihung des Europapreises 2023 an fünf Persönlichkeiten

von **Raphaël Bez**, Generalsekretär, und **Joshua Saurgger**, Mitarbeiter der Europäischen Bewegung Schweiz

Haben Sie schon einmal am Challenge Europe teilgenommen?

Die young european swiss | yes hat die Alumnigruppe des Challenge Europe ins Leben gerufen. Haben auch Sie an einer der neunzehn von der yes organisierten Studienreisen nach Brüssel teilgenommen? Dann sollten Sie unbedingt am Challenge After Trunk am Freitag, 22. September 2023 um 19:00 Uhr im Sekretariat der yes teilnehmen (Falkenplatz 11, 3012 Bern). Eine Gelegenheit, um Erinnerungen aufzufrischen und alte Freundschaften neu zu knüpfen – das sollten Sie sich nicht entgehen lassen! Wenn Sie sich anmelden möchten oder weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte per E-Mail an die yes unter info@y-e-s.ch.

Darüber hinaus ist eine Neuauflage der Reise vom 10. bis 17. September 2023 geplant. Sie wird zum ersten Mal nach Strassburg, Luxemburg und Brüssel führen. Weitere Einzelheiten finden Sie unter www.y-e-s.ch.



Anlässlich des Europäischen Nachmittags vom 13. Mai fand die feierliche Verleihung unseres Europapreises statt. Zum ersten Mal wurde der Preis in vier verschiedenen Kategorien an fünf Persönlichkeiten vergeben, die mit ihren Handlungen und Positionen die europäische Idee in der Schweiz gefördert und die Diskussion über die Rolle der Schweiz in Europa bereichert haben.

Sich für eine fundierte und offene europäische Debatte einzusetzen ist nicht nur die Sache von Politiker:innen. Ganz im Gegenteil: Akteur:innen aus allen Bereichen der Gesellschaft tragen auf ihre Weise dazu bei, unsere europäische Zukunft zu verwirklichen. Aus diesem Grund haben wir für die Verleihung 2023 vier Kategorien eingeführt: Politik, Wirtschaft & Gesellschaft, Information & Medien sowie Newcomer.

Kategorie Politik

In der ersten Kategorie ging der Preis an Christa Markwalder, Nationalrätin FDP/BE. Damit wollten wir ihre politische Laufbahn würdigen, die von einem stetigen Engagement für Europa und einem Einsatz für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union geprägt ist. Sie wurde 2003 in den Nationalrat gewählt, war von Dezember 2015 bis Dezember 2016 Nationalratspräsidentin und langjähriges Mitglied der Aussenpolitischen Kommission. Von 2006 bis 2014 war sie Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs). Da sie am Ende der laufenden Legislaturperiode aus dem Parlament ausscheiden wird, erinnert Christa Markwalder an der Preisverleihung daran, wie wichtig enge Beziehungen zur Europäischen Union für die Schweiz sind.

Kategorie Wirtschaft & Gesellschaft

Luciana Vaccaro erhielt den Preis in der Kategorie Wirtschaft & Gesellschaft. Als Rektorin der Fachhochschule Westschweiz HES-SO und Präsidentin von swissuniversities ist sie täglich mit den Folgen der

Nichtteilnahme der Schweiz an den EU-Programmen Erasmus+ und Horizon Europe konfrontiert. Neben ihrem Engagement im Rahmen ihrer Funktionen zeigt ihr persönlicher Werdegang, was die EU ihren Bürger:innen bieten kann: Sie wurde in Genf geboren, während ihr Vater am CERN arbeitete, und wuchs in Neapel, auf, bevor sie in die Schweiz zurückkehrte, um dort ihren Doktor in Mikrotechnik zu machen. Nach verschiedenen Positionen an den Universitäten Neuenburg und Lausanne sowie an der EPFL wurde sie die erste weibliche Rektorin der HES-SO und Präsidentin von swissuniversities.

Kategorie Information & Medien

Oliver Washington und Curdin Vincenz erhielten den Preis in der Kategorie Information & Medien. Als Redaktoren für SRF in Bern trugen sie zum Podcast «Single In Europa» bei. Der im Dezember 2022 veröffentlichte Podcast befasste sich mit dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum am 6. Dezember 1992 und enthielt unter anderem Interviews mit mehreren damaligen Bundesrät:innen – ein qualitativ hochwertiger Rückblick, der angesichts der aktuellen Debatte über die Rolle der Schweiz in Europa angebracht ist. Oliver Washington war zudem von 2014 bis 2019 als Korrespondent für Radio SRF in Brüssel, Curdin Vincenz ist seit 2016 Redaktor im Bundeshaus.

Kategorie Newcomer

Zuletzt wurde Marc Rüdüsüli in der Kategorie Newcomer ausgezeichnet. Der 24-jährige ist seit 2021 Präsident der Jungen Mitte Schweiz. In dieser Funktion setzt er sich aktiv für eine rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EU ein und wagte es, (ein wenig) gegen den Strom seiner eigenen politischen Partei zu schwimmen. Die Junge Mitte Schweiz verabschiedete kürzlich ein neues Positionspapier zum Thema Schweiz-EU. Ein klares Bekenntnis zu einer europäischen Schweiz! ★

Ein föderaler Motor in Italien

von **Luisa Trumellini**, Generalsekretärin des Movimento Federalista Europeo und Vize-Präsidentin der UEF

Eine Bürger:innenbewegung, die politische Kampagnen zur Unterstützung der Europäischen Föderation ausgehend von der Basis fördert, damit europäische föderalistische Themen durch eine Mobilisierung «von unten» in die politische Debatte fließen.

Das Movimento Federalista Europeo (MFE), die italienische Sektion der Union der Europäischen Föderalisten (UEF), hat sich in Italien seit Mitte der 1950er-Jahre als parteipolitisch neutrale Bürger:innenbewegung entwickelt. Die (immer eigenfinanzierten) politischen Kampagnen des MFE wollen für die Entstehung eines föderal organisierten Europas notwendige Schritte aufzeigen, um Politiker:innen für diese Idee zu sensibilisieren und sie zu entsprechendem Handeln zu bewegen. Es geht um die Beeinflussung der politischen Debatte «von unten».

Die konkreten Ziele der MFE-Aktionen und -Kampagnen hängen immer von historischen und politischen Ereignissen und den aktuellen europäischen Begebenheiten ab. Wir versuchen interessante Methoden und Initiativen zu erarbeiten, welche die Sektionen lokal anpassen können, um in Dialog mit Bürger:innen zu treten, um Treffen mit der lokalen Presse, anderen politischen Gruppierungen und der Zivilgesellschaft zu organisieren und Workshops an Schulen und Universitäten zu leiten. Seit 2020 bieten wir die Möglichkeit, auch online Initiativen und Kommunikationskampagnen auf Social Media zu organisieren.

Beitrag zur politischen Debatte

In den vergangenen zwei Jahren hat das MFE vor allem folgendes in die politische Debatte in Italien eingebracht:

1. Unsere Informationskampagne im Zusammenhang mit der Forderung, dem Europäischen Parlament direkte Haushaltsbefugnisse zu übertragen und damit die EU mit einer eigenen Steuerhoheit auszustatten. So soll ein «sou-

veränes und demokratisches» föderales Europa geschaffen werden;

2. Unsere Kampagne «Europäisches Italien», welche Italien – immerhin ein EU-Gründerland – zu mehr Einsatz für ein föderales Europas aufforderte, aber auch zugunsten innenpolitischer Massnahmen und Reformen, welche die italienische Regierung in der Zusammenarbeit mit EU-Institutionen glaubwürdiger machen;
3. Unsere Kampagne zur Konferenz über die Zukunft Europas (CoFoE), bei der wir hunderte Veranstaltungen überall in Italien organisierten, die sowohl darauf abzielten, die von den Föderalisten in der Konferenz propagierten Ideen zu unterstützen, als auch die Regionen Italiens und die Bürger:innen konkret einzubeziehen.

Wahlkampf 2022

Bevor die damalige italienische Regierung im Juli 2022 aufgelöst wurde und der Wahlkampf begann, unterstützten wir Mario Draghi, in Anbetracht seiner ausgesprochen positiven Haltung gegenüber unserer Idee eines «europäischen Italiens». Während des daraufhin stattfindenden Wahlkampfes organisierten wir mehrere Aktionen zur Unterstützung der pro-europäischen Strömungen in Italien: Wir haben u.a. den Kandidat:innen eine Erklärung zur Unterzeichnung geschickt, worin sie sich für ein europäisches Italien und konkrete Unterstützung für ein föderales Europa aussprechen konnten. Wir haben auch die Parteiprogramme analysiert und Positionen dazu von Politikern und Politikerinnen in den Medien veröffentlicht.

Aktuell arbeiten wir im Rahmen der UEF an einer Petition an den Europäischen Rat, in der wir fordern, dass er das Verfahren zur Änderung der EU-Verträge des Europäischen Parlaments unterstützt. ★



© Luisa Trumellini

LUISA TRUMELLINI ist seit 2017 Generalsekretärin des Movimento Federalista Europeo (MFE) und seit 2021 Vizepräsidentin der UEF. Sie hat einen Abschluss in politischer Philosophie und ist hauptberuflich Lehrerin. Trumellini trat 1983 dem MFE bei, wo sie sich sowohl in der italienischen als auch in der europäischen Organisation (zunächst in der JEF und dann in der UEF) in verschiedenen Positionen engagiert hat. Beim MFE hatte sie verschiedene organisatorische Funktionen auf unterschiedlichen Ebenen, war aber auch stark in der Ausbildung und Erziehung junger Menschen involviert – von Aktivitäten und Vorträgen in Schulen bis hin zur Organisation von Seminaren. In diesem Zusammenhang leitete sie viele Jahre das vom Spinelli-Institut organisierte internationale Seminar in Ventotene. Luisa Trumellini wirkte auch als Herausgeberin einiger föderalistischer Publikationen und arbeitet derzeit mit der Zeitschrift *Il Federalista* zusammen.



Die Ostschweiz und der Binnenmarkt – eine Gemeinschaft im Wartezimmer

von **Miroslav Janjic**, Präsident der Sektion Ostschweiz der Europäischen Bewegung Schweiz



© Miroslav Janjic

Der Europäische Binnenmarkt setzt sich zusammen aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zuzüglich Island, Liechtenstein und Norwegen über ihre Zugehörigkeit zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sowie der Schweiz über die bilateralen Verträge.

Die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des Binnenmarktes für die beteiligten Länder und Regionen sind unbestritten, so auch für die Schweiz, und insbesondere die Region Ostschweiz. Gemäss einer Studie der Bertelsmann Stiftung von 2019 erzielt die Ostschweiz dank der Teilnahme der Schweiz am Binnenmarkt jährlich 2'758 Euro pro Kopf an Mehreinkommen. Dies ist besonders bemerkenswert, da der europäische Durchschnitt nur 840 Euro pro Jahr beträgt.

Der EWR, um den Arbeitsplatz Ostschweiz zu bewahren

Was soll also der Aufruf um den «bilateralen Weg»? Uns geht es doch gut, wie immer wieder gesagt wird. Was sind die Schlüsselthemen für die Region Ostschweiz und wie können wir die positiven Resultate halten, beziehungsweise weiter ausbauen?

Wir von der Sektion Ostschweiz der Europäischen Bewegung Schweiz plädieren für einen Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), um den Arbeitsplatz Ostschweiz langfristig wertschöpfungsstark zu bewahren und an die neuen Realitäten anzupassen. Die Schlüsselthemen in Europa und der Welt sind das Klima, Gesundheit, die soziale Sicherheit, die rasante Entwicklung der Informationstechnologie, die Energie- und Versorgungssicherheit sowie die Migration. Dies sind Themen, die nicht allein gelöst und nicht in einer instabilen Umgebung verhandelt werden können. Es sind Themen, die im Kleinen mit den EWR-Partnerländern Island, Liechtenstein und Norwegen diskutiert und im Grösseren mit der EU entschieden werden können. Für die Schweiz ist es wichtig, sich von der Idee des Alleingangs

zu verabschieden und jahrelang Versäumtes im Bereich des Verhandeln und der Suche nach Kompromissen nachzuholen.

Eine gelebte europäische Zusammenarbeit

Die Ostschweiz beteiligt sich im Rahmen der Bodenseekonferenz an Projekten, die allen Regionen rund um den Bodensee dienen. Dabei geht es um Wirtschaft, Wissenschaft, Natur und Kultur sowie Verkehr und Raumplanung. Diese Zusammenarbeit stellt bereits einen geeigneten «Sandkasten» dar, der für die Schweiz als Ganzes im Rahmen des EWR als funktionierendes Vorbild dienen könnte. Die Zukunft der Energiesicherheit, inklusive der Themen Ladeinfrastruktur, Sanierung sowie intelligente Netze und Speicherung, ist dafür ein geeignetes Beispiel.

Um die Vor- und Nachteile, die Hürden und die Vorzüge eines EWR-Beitritts in allen Bereichen besser zu verstehen, plant die Sektion für das 1. Quartal 2024 einen runden Tisch in der Ostschweiz, der sich aus Vertreter:innen von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft zusammensetzt. Hierzu laden wir Expert:innen aus Liechtenstein und dem EWR-Mitgliedstaat Norwegen ein. Mit Liechtenstein verbindet uns nicht nur die geografische Nähe, sondern auch eine enge Verzahnung in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Themen sowie im Gesundheits- und Bildungsbereich, die im Zollvertrag von 1923 begonnen hat. Norwegen ähnelt der Schweiz beim hohen Integrationsgrad im Binnenmarkt, einer starken Verbindung von liberalem Wirtschaften mit sozialer Absicherung, einer intakten Natur und vielem mehr. Die Unterschiede, etwa die geografische Lage, oder das diametral entgegengesetzte Rohstoffvorkommen, sind ebenso interessant. Mit dem runden Tisch möchten wir dem Ziel EWR einen Schritt näherkommen. ★

Eine:r für alle, alle für eine in Vielfalt geeinte Europäische Union

von **Renaud Debroyer**, Co-Präsident der young european swiss | yes



© Renaud Debroyer

Ende März titelte die *NZZ am Sonntag* «Schweizer Bevölkerung: Die Stimmung wird europafreundlicher». Eine gute Neuigkeit! Einige Tage zuvor hatte die Konferenz der Kantonsregierungen bekanntgegeben, dass sie einstimmig für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Europäischen Union sei. Und am 29. März veröffentlichte der Bundesrat nach seiner Europaklausur eine Medienmitteilung, laut der er «das weitere Vorgehen im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat [mit der EU]» festgelegt habe. Der März 2023 schien ein idealer Monat für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU gewesen zu sein.

Aber die Realität ist nicht so einfach. Wenn es etwas gibt, das ich seit meiner Ankunft in der Schweiz gelernt habe, dann ist es, dass sich die Politik nur langsam bewegt – insbesondere was die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU betrifft. Zugleich liefern die jüngsten Umfragen zur Europäischen Union oft widersprüchliche Antworten. Einige zeigen zwar ermutigende Entwicklungen, wie die Umfrage der Europäischen Bewegung Schweiz, laut der 71 % der Schweizer Bevölkerung einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR befürworten würde. Andere, wie eine von Smartvote durchgeführte Umfra-

ge, deuten auf ein relatives Desinteresse oder sogar eine Abneigung der Schweizer Jugend gegenüber der EU hin.

Diese Unbeliebtheit lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären. Zum einen wird die Debatte über die Europäische Union in der Schweiz seit mehreren Jahrzehnten weitgehend von einem antieuropäischen Diskurs dominiert. Zum anderen ist den meisten jungen Schweizer:innen nicht bewusst, wie eng die Schweiz und die EU miteinander verbunden sind und wie sehr die Schweiz von den Massnahmen und der Politik der EU profitiert.

In der young european swiss | yes haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, diesem Desinteresse entgegenzuwirken. Mit unseren Veranstaltungen thematisieren wir die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. So sprechen wir über die EU, über ihre Errungenschaften, aber auch über Missstände und über potentielle Reformen, die die Union durchführen sollte. Zu unseren Aktivitäten gehört auch das «Challenge Europe», unsere einwöchige Reise zu den EU-Institutionen in Strassburg und Brüssel und dieses Jahr auch nach Luxemburg zum Gerichtshof der EU. Diese einzigartige Reise ermöglicht den Teilnehmer:innen, die EU-Institutionen besser zu verstehen und Fragen an Expert:innen, Parlamentarier:innen oder EU-Beamte zu stellen, um dadurch einen umfassenden Überblick über die Funktionsweise der EU und ihre Beziehungen zur Schweiz zu erhalten.

Die EU ist nicht perfekt. Aber eines ist sicher: Sie ist am besten dafür geeignet, den aktuellen globalen Herausforderungen entgegenzutreten. Sei es der Krieg in der Ukraine oder die Energie-, Migrations- und Klimakrise: Die Schweiz kann nicht allein handeln; sie muss mit Akteur:innen zusammenarbeiten, die ihre Werte teilen. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz den Weg einer konkreten Annäherung an die EU einschlägt, damit wir alle zusammen für die Lösung unserer gemeinsamen Probleme kämpfen können. ★



Herausgeberin

Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion

Raphaël Bez, Maximilian Rau, Joshua Saurugger

Magazin europa.ch, Europäische Bewegung Schweiz, Postfach, 3001 Bern, + 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen

Teresa Hug Alonso, Raphaël Bez, Anna Cavazzini, Renaud Debroyer, Sarah Fuchs, Katharina Gnath, Marcela Gisler, Miroslav Janjic, Solena Lefeuvre, Joshua Saurugger, Luisa Trumellini, Hanspeter Tschäni

Übersetzung und Lektorat

Raphaël Bez, Toni Koller, Maximilian Rau, Joshua Saurugger, Pierre Alain Seiler

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli Kommunikation AG, Bern

Auflage

2600 auf Deutsch, 1600 auf Französisch

Titelseite

Europäische Bewegung Schweiz

Postkonto und IBAN

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.



Werde Mitglied der yes!

Alle Infos sind auf unserer

Webseite: www.y-e-s.ch



Eyla vereint höchsten Komfort und Eleganz – als Drehstuhl für den hochwertigen Arbeitsplatz oder als Konferenzstuhl für den repräsentativen Besprechungsraum. Design: Burkhard Vogtherr und Jonathan Prestwich.
www.girsberger.com/eyla

